Stand: 15.12.2025 21:54:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9737

"Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung 15.12.2015 - 08.03.2016"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/9737 vom 26.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10695 des LA vom 15.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10944 vom 12.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 12.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.01.2016 **Drucksache 17/9737**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
15.12.2015 – 08.03.2016

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 35. Sitzung am 26. Januar 2015 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Das Vorhaben wird zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 Satz 2 BayLTGeschO an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Begründung:

Begründung:

Die Konsultation ist landespolitisch von Bedeutung. Die Ökologisierungsverpflichtungen im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems betreffen die Betriebe der bayerischen Landwirtschaft in vielfältiger Weise. Ziel der Konsultation ist es insbesondere, auf der Grundlage der gewonnenen Daten die Ökologisierungsregelung zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Landwirte und Behörden zu verringern. Die ist im Interesse des Landes.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10695**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 17/**9737**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
15.12.2015 - 08.03.2016

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben am 8. Februar 2013 bei ihrer Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 unter anderem beschlossen, mit einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bei den EU-Direktzahlungen ein sogenanntes „Greening“ einzuführen. Der Beschluss gibt u.a. vor, für das Greening in jedem Mitgliedstaat 30 Prozent des jeweiligen Direktzahlungsvolumens vorzusehen und bei der einzelbetrieblichen Umsetzung des Greening eine verpflichtende Stilllegung von Flächen sowie ungerechtfertigte Einkommenseinbußen der Landwirte zu vermeiden.

Gleichzeitig ist gemäß Erwägungsgrund 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013

„eine der wichtigsten Zielsetzungen und Vorgaben der GAP-Reform die Verringerung des Verwaltungsaufwandes“.

Während die Vorgaben der Staats- und Regierungschefs im Wesentlichen zufriedenstellend umgesetzt werden konnten, hat der Verwaltungsaufwand mit der konkreten Umsetzung der GAP-Reform entgegen der Zielsetzung erheblich zugenommen und nimmt durch untergesetzliche Auslegung und Interpretation der Verordnungen durch die Dienststellen der Kommission weiter zu.

Das Vorhaben von Agrarkommissar Phil Hogan, die bürokratische Belastung aus der GAP spürbar zu reduzieren, ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Entlastungen für Landwirte und Verwaltungen sind dringend erforderlich und möglich, auch ohne die politisch beschlossene Grundausrichtung und Ziele der Reform der GAP in Frage zu stellen.

Die Mitgliedstaaten haben an die Kommission eine Vielzahl von Vereinfachungsvorschlägen zur GAP übermittelt. Die ersten Vereinfachungsmöglichkeiten, die die EU-Kommission bislang ermöglicht hat, gehen in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Zudem müssen Vereinfachungen über das Greening hinausgehen und insbesondere auch Vorgaben zu Cross Compliance, zum Aktiven Landwirt und zur Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete umfassen.

Die EU-Kommission ist aufgefordert vorrangig, unter anderem folgende Änderungen im Sinne einer Verbesserung der Umsetzung als auch der Vereinfachung der GAP vorzuschlagen:

Beim Greening sind vorrangig

- Vorgaben und Anforderungen verschiedener Randstreifen und Brache hinsichtlich Größenvorgaben (Mindest-, Höchstbreiten) und Nutzungsvorgaben (Zeitpunkte, Arten der Nutzung) stärker zu vereinheitlichen und zu flexibilisieren;
- die Möglichkeit zu schaffen, die Kontrollperiode für Stickstoff bindende Pflanzen auf die für die Anbaudiversifizierung maßgebliche Periode begrenzen zu können;
- bei der Anbaudiversifizierung die Vor-Ort-Kontrolle nur auf die Hauptkultur des Anbaujahres zu beziehen;
- die Regelungen zur Entstehung von Dauergrünland so zu gestalten, dass auch der periodische Wechsel zwischen verschiedenen Futterpflanzenmischungen oder eine freiwillige Flächenstilllegung als Ackernutzung anerkannt werden;

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

die bisherige Regelung ist für den Erhalt von Grünland kontraproduktiv und veranlasst Landwirte entgegen ihren Planungen, mit Gras o- der Futterpflanzenmischungen bestellte Flächen periodisch umzubrechen, um so den Ackerstatus und damit die monetäre Werthaltigkeit der Flächen zu erhalten.

Beim Aktiven Landwirt führen die zuletzt seitens der EU-Kommission geforderten Verwaltungs- und Kontrollvorgaben insbesondere in einer bäuerlichen, stark diversifizierten Agrarstruktur wie in Bayern zu massiver zusätzlicher Bürokratie ohne Änderungen beim Ergebnis. Die Kommission ist aufgefordert, von diesen überhöhten und in der Sache nicht erforderlichen Verwaltungs-und Kontrollanforderungen zum Aktiven Landwirt Abstand zu nehmen. Als Alternativen sollte die „aktive Nutzung“ der für die Förderung beantragten Flächen anerkannt oder die Regelung als für die Mitgliedstaaten fakultativ anwendbar ausgestaltet werden.

Insbesondere der Bereich der Kontrollen und der seitens der Kommissionsdienststellen dazu erlassenen Regelungstiefe muss stärker in die Entbürokratisierungsbemühungen einbezogen werden. Leider werden die bisherigen Vereinfachungsbemühungen durch Verschärfungen an anderer Stelle deutlich übertroffen, was unter dem Strich für Landwirte und Verwaltungen ein Mehr an Bürokratie zur Folge hat. Die Mitgliedstaaten müssen im Sinne der Subsidiarität mehr eigenen Handlungsspielraum erhalten und der Auslegungsspielraum auf EU-Ebene soll mit Blick auf spürbare Entlastungen besser benutzt werden. Konkret

- müssen unangemessene Sanktionen insbesondere bei geringfügigen Verstößen, wie sie jüngst beim sogenannten Frühwarnsystem z. B. bei der Tierkennzeichnung aufgetreten sind, korrigiert und künftig vermieden werden;
- muss die Absenkung der Kontrollraten bei nachweislich gut funktionierenden Kontrollsystemen auch in der Praxis ermöglicht werden, indem für eine später etwaige erneute Anhebungspflicht ausreichend Zeit gewährt wird (Personalaufstockung) und neben der Basis- und Umverteilungsprämie auch die Greening- und die Junglandwirteprämie in die Absenkungsmöglichkeit einbezogen werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Greening eine Herausforderung in der Umsetzung für Landwirte und Verwaltungen darstellt.

Greening wirkt sich positiv im Sinne der beabsichtigten Ziele aus. Dennoch muss insbesondere zur Reduzierung der Verwaltungslasten für Landwirte wie Verwaltungen mehr erreicht werden als seitens der Kommission bisher vorgeschlagen bzw. umgesetzt wurde.

Berichterstatterin: **Gudrun Brendel-Fischer**
Mitberichterstatter: **Horst Arnold**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die EU-Konsultation am 9. März 2016 in seiner 39. Sitzung federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren am 15. März 2016 in seiner 38. Sitzung endberaten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe dass der erste Absatz folgende Fassung erhält: „Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:“

Angelika Schorer
Vorsitzende

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.04.2016 **Drucksache 17/10944**

Drs. 17/**9737**, 17/**10695**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
15.12.2015 – 08.03.2016
Drs. 17/**9737**, 17/**10695**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben am 8. Februar 2013 bei ihrer Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 unter anderem beschlossen, mit einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bei den EU-Direktzahlungen ein sogenanntes Greening einzuführen. Der Beschluss gibt u.a. vor, für das Greening in jedem Mitgliedstaat 30 Prozent des jeweiligen Direktzahlungsvolumens vorzusehen und bei der einzelbetrieblichen Umsetzung des Greening eine verpflichtende Stilllegung von Flächen sowie ungerechtfertigte Einkommenseinbußen der Landwirte zu vermeiden.

Gleichzeitig ist gemäß Erwägungsgrund 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 „eine der wichtigsten Zielsetzungen und Vorgaben der GAP-Reform die Verringerung des Verwaltungsaufwandes“.

Während die Vorgaben der Staats- und Regierungschefs im Wesentlichen zufriedenstellend umgesetzt werden konnten, hat der Verwaltungsaufwand mit der konkreten Umsetzung der GAP-Reform entgegen der Zielsetzung erheblich zugenommen und nimmt durch untergesetzliche Auslegung und Interpretation der Verordnungen durch die Dienststellen der Kommission weiter zu.

Das Vorhaben von Agrarkommissar Phil Hogan, die bürokratische Belastung aus der GAP spürbar zu reduzieren, ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Entlastungen für Landwirte und Verwaltungen sind dringend erforderlich und möglich, auch ohne die politisch beschlossene Grundausrichtung und Ziele der Reform der GAP in Frage zu stellen.

Die Mitgliedstaaten haben an die Kommission eine Vielzahl von Vereinfachungsvorschlägen zur GAP übermittelt. Die ersten Vereinfachungsmöglichkeiten, die die EU-Kommission bislang ermöglicht hat, gehen in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Zudem müssen Vereinfachungen über das Greening hinausgehen und insbesondere auch Vorgaben zu Cross Compliance, zum Aktiven Landwirt und zur Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete umfassen.

Die EU-Kommission ist aufgefordert vorrangig, unter anderem folgende Änderungen im Sinne einer Verbesserung der Umsetzung als auch der Vereinfachung der GAP vorzuschlagen:

Beim Greening sind vorrangig

- Vorgaben und Anforderungen verschiedener Randstreifen und Brache hinsichtlich Größenvorgaben (Mindest-, Höchstbreiten) und Nutzungsvorgaben (Zeitpunkte, Arten der Nutzung) stärker zu vereinheitlichen und zu flexibilisieren;
- die Möglichkeit zu schaffen, die Kontrollperiode für Stickstoff bindende Pflanzen auf die für die Anbaudiversifizierung maßgebliche Periode begrenzen zu können;
- bei der Anbaudiversifizierung die Vor-Ort-Kontrolle nur auf die Hauptkultur des Anbaujahres zu beziehen;
- die Regelungen zur Entstehung von Dauergrünland so zu gestalten, dass auch der periodische Wechsel zwischen verschiedenen Futterpflanzenmischungen oder eine freiwillige Flächenstilllegung als Ackernutzung anerkannt werden;
- die bisherige Regelung ist für den Erhalt von Grünland kontraproduktiv und veranlasst Landwirte entgegen ihren Planungen, mit Gras o- der Futterpflanzenmischungen bestellte Flächen periodisch umzubrechen, um so den Ackerstatus und damit die monetäre Werthaltigkeit der Flächen zu erhalten.

Beim Aktiven Landwirt führen die zuletzt seitens der EU-Kommission geforderten Verwaltungs- und Kontrollvorgaben insbesondere in einer bäuerlichen, stark diversifizierten Agrarstruktur wie in Bayern zu massiver zusätzlicher Bürokratie ohne Änderungen beim Ergebnis. Die Kommission ist aufgefordert, von diesen

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

überhöhten und in der Sache nicht erforderlichen Verwaltungs- und Kontrollanforderungen zum Aktiven Landwirt Abstand zu nehmen. Als Alternativen sollte die „aktive Nutzung“ der für die Förderung beantragten Flächen anerkannt oder die Regelung als für die Mitgliedstaaten fakultativ anwendbar ausgestaltet werden.

Insbesondere der Bereich der Kontrollen und der seitens der Kommissionsdienststellen dazu erlassenen Regelungstiefe muss stärker in die Entbürokratisierungsbemühungen einbezogen werden. Leider werden die bisherigen Vereinfachungsbemühungen durch Verschärfungen an anderer Stelle deutlich übertroffen, was unter dem Strich für Landwirte und Verwaltungen ein Mehr an Bürokratie zur Folge hat. Die Mitgliedstaaten müssen im Sinne der Subsidiarität mehr eigenen Handlungsspielraum erhalten und der Auslegungsspielraum auf EU-Ebene soll mit Blick auf spürbare Entlastungen besser benutzt werden. Konkret

– müssen unangemessene Sanktionen insbesondere bei geringfügigen Verstößen, wie sie jüngst beim sogenannten Frühwarnsystem z. B. bei der Tierkennzeichnung aufgetreten sind, korrigiert und künftig vermieden werden;
– muss die Absenkung der Kontrollraten bei nachweislich gut funktionierenden Kontrollsystemen auch in der Praxis ermöglicht werden, indem für eine später etwaige erneute Anhebungspflicht ausreichend Zeit gewährt wird (Personalaufstockung) und neben der Basis- und Umverteilungsprämie auch die Greening- und die Junglandwirteprämie in die Absenkungsmöglichkeit einbezogen werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Greening eine Herausforderung in der Umsetzung für Landwirte und Verwaltungen darstellt.

Greening wirkt sich positiv im Sinne der beabsichtigten Ziele aus. Dennoch muss insbesondere zur Reduzierung der Verwaltungslasten für Landwirte wie Verwaltungen mehr erreicht werden als seitens der Kommission bisher vorgeschlagen bzw. umgesetzt wurde.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 4** aufrufen:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
   Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
   15.12.2015 - 08.03.2016
   Drs. 17/9737, 17/10695 (E) [X]

   Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
   Votum des endberatenden Ausschusses für
   Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Sprachförderung in bayerischen Kindertagesstätten verbessern – Sonderprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern und Kindern mit Migrationshintergrund auflegen
   Drs. 17/9193, 17/10562 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration ist eine Daueraufgabe − Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache sichere Arbeit geben
Drs. 17/9252, 17/10611 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Umgang mit Regenwasser in Bayern
Drs. 17/9370, 17/10621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequenzen aus den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln
Drs. 17/9718, 17/10707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Mindestinvestitionskosten für Maßnahmen zur Einbruchsicherheit abschaffen
Drs. 17/9791, 17/10412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz − Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung
Drs. 17/9793, 17/10733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einbeziehung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bei geplanter Meinungsumfrage zu Denkmalschutz und -pflege
Drs. 17/9803, 17/10646 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) unterstützen
Drs. 17/9804, 17/10706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht Entwicklungskonzept Donaumoos
Drs. 17/9826, 17/10472 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückkehr in Würde ermöglichen, bei Abschiebungen die Situation des Einzelfalls berücksichtigen
Drs. 17/9833, 17/10709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutsches Museum − Außenstelle Nürnberg
Drs. 17/9837, 17/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Informationstafeln an staatlichen Gebäuden mit NS-Bezug
Drs. 17/9838, 17/10648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reichsparteitagsgelände Nürnberg
Drs. 17/9839, 17/10649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch u.a. SPD
Polizeibootshaus in Utting am Ammersee
Drs. 17/9842, 17/10411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für funktionsfähige Rückkehr- und Reintegrationsprojekte in den Balkanländern sorgen
Drs. 17/9849, 17/10726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/9930, 17/10727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

18. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
UAVs für die Bayerische Polizei
Drs. 17/9949, 17/10413 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Weiterentwicklung der geriatrischen Forschung und Lehre
Drs. 17/9975, 17/10650 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Notrettung
Drs. 17/10006, 17/10524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umfassendes Verbot von Legal Highs
Drs. 17/10011, 17/10717 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhindern − Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen
Drs. 17/10126, 17/10731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)
Drs. 17/10204, 17/10480 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz
Drs. 17/10296, 17/10481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztägig lernen" Bayern dauerhaft sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.